

*Es gilt das
gesprochene Wort*

**Rede von Dr. Edmund Stoiber im Binnenmarkt-
ausschuss des Europäischen Parlaments am
18. März 2014 in Brüssel**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Harbour,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich freue mich, dass ich heute mit Ihnen erneut über den Bürokratieabbau diskutieren kann. Als Vorsitzender der High Level Group zum Bürokratieabbau habe ich in den vergangenen sechs Jahren – obwohl das in unserem ursprünglichen Mandat gar nicht vorgesehen war – die wichtigsten Ausschüsse des Europaparlaments, die großen Fraktionen sowie die Konferenzen der Ausschuss- und Fraktionsvorsitzenden besucht, um für den Bürokratieabbau zu werben. Dabei kann ich feststellen, dass unsere Arbeit inzwischen von allen politischen Gruppen parteiübergreifend unterstützt wird.

- Anrede -

Ein entscheidender Aspekt beim Bürokratieabbau ist seine politische Dimension in der gegenwärtigen Akzeptanzkrise der EU.

In gut zwei Monaten finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt und im Vergleich zu

früheren Wahlen, bei denen anti-europäische Parteien nur eine geringe Unterstützung hatten, ist diesmal mit einem hohen Anteil dieser Parteien zu rechnen, insbesondere in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, in den skandinavischen Ländern, aber auch in Italien. In Frankreich und Großbritannien besteht sogar die Gefahr, dass diese europafeindlichen Parteien die stärkste politische Kraft werden. Ein Europäisches Parlament mit einem Anteil von 20 bis 25 Prozent von Parteien, die die europäische Integration fundamental ablehnen, wenn nicht sogar bekämpfen, wird die Institutionen in Brüssel vor eine ganz neue Herausforderung stellen. Deshalb ist es so wichtig, mit dem Bürokratieabbau einen konstruktiven Beitrag für mehr Akzeptanz der EU zu leisten.

Wenn man einmal das Thema Euro weglässt, so ist der nach wie vor zunehmende Regelungsdruck eine wichtige Ursache für diese negative Entwicklung. Ich bin allerdings schon etwas überrascht darüber, wer in den letzten Wochen alles Bürokratie-Abbauer sein möchte: Kommissar Barnier, Kommissar Rehn und Parlamentspräsident Schulz haben zuletzt verstärkte Bemühungen bei dieser Aufgabe gefordert und ich kann nur sagen, dass diesen Worten dann auch Taten folgen müssen,

insbesondere im neuen Parlament, in der neuen Kommission, aber natürlich auch bei den Mitgliedstaaten als Mitgesetzgeber im Rat und als den Verantwortlichen für die nationale Umsetzung von EU-Vorschriften.

- Anrede -

Laut dem jüngsten EUROBAROMETER, einer regelmäßigen Umfrage im Auftrag der Kommission, antworten allein 40 % der Befragten in Deutschland auf die offene Frage, was sie mit der EU verbinden: Bürokratie. In den Niederlanden, Österreich, Großbritannien und in Skandinavien sind die Werte vergleichbar hoch. Im EU-Durchschnitt ist dies immerhin fast jeder Vierte der Befragten. Im Vergleich zu 2010 sind die Werte sogar noch angestiegen. Und die Aussage, dass die EU zu viel Bürokratie schafft, wird europaweit sogar von 74 Prozent der Befragten bejaht.

Das hat auch damit zu tun, dass trotz der wachsenden Bedeutung Europas für die Rechtsetzung, die politische Diskussion in den Mitgliedstaaten oft erst stattfindet, wenn die Grundsatzentscheidungen in Brüssel ohne große Aufmerksamkeit schon längst getroffen sind. Und dann gibt es immer wie-

der Regelungen, die keine Akzeptanz finden und für Unmut sorgen, z. B. die neuen, energiesparenden Glühbirnen.

Eine wesentliche Ursache für die Zunahme europäischer Regelungen gerade auch im Bereich des Umwelt-, Gesundheits- und Lebensmittelrechts ist, dass im Rahmen des Binnenmarktes europäisches Recht die unterschiedlichen Vorschriften in 28 Mitgliedstaaten ersetzt. Dies erleichtert den Unternehmen in hohem Maße ihre Tätigkeit und wird von diesen auch immer wieder eingefordert. Allerdings wird die Binnenmarkt-Klausel des EG-Vertrages zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten von der EU immer noch zu extensiv ausgelegt, um immer mehr Bereiche immer detaillierter und damit auch bürokratischer zu regeln.

- Anrede -

Aber auch das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen ist widersprüchlich: Auf der einen Seite wird Bürokratie beklagt. Auf der anderen Seite werden aber neue Regelungen zur Verbesserung des Lebens geradezu eingefordert.

Tausende Parlamentarier und Beamte in ganz Europa sind ständig damit beschäftigt, das Leben der Menschen mit neuen Regelungen zu verbessern. Insbesondere nach Katastrophen werden neue Regelungen gefordert, um so etwas künftig zu verhindern. Und bei den großen Themen wie die Regulierung der Finanzmärkte hat Europa in der Vergangenheit tatsächlich zu wenig gemacht. Bei vielen Fragen des täglichen Lebens sind aber keine neuen europäischen Regelungen nötig.

Letztlich ist die eigentlich große Frage bei der Bürokratie das Spannungsfeld zwischen Freiheit bzw. Selbstverantwortung einerseits und Sicherheit andererseits. Zwar wird die Bürokratie beklagt, aber die Sicherheit hat hohe Konjunktur. Meine Überzeugung ist, dass wir das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit besser austarieren müssen. Dafür brauchen wir ein neues Denken in Europa, dafür brauchen wir auch ein Stück Mut zur Lücke.

– Anrede –

In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Europa, in der 10 Mitgliedstaaten wirtschaftlich stagnieren, 10 Mitgliedstaaten in der Rezession sind und nur 8 Mitgliedstaaten ein Wachstum haben, kann Bü-

rokratieabbau einen wichtigen Beitrag für mehr Wachstum und Beschäftigung leisten, weil er ein kostenloses Konjunkturprogramm ist und keine Gegenfinanzierung braucht.

In der High Level Group haben wir während unseres ersten Mandats 2008/2009 zunächst die 13 wichtigsten Rechtsgebiete auf übermäßige Bürokratie durchforstet. Dabei haben wir 72 Rechtsakte überprüft, die rund 20 % des gesamten Rechtsbestands umfassen, aber 80 % der Bürokratiekosten verursachen, die durch europäische Informationsverpflichtungen ausgelöst werden. Dies sind insgesamt 124 Mrd. Euro. Auf dieser Grundlage hat die Gruppe über 300 konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau gemacht. Kommission, Rat und Parlament haben bis heute bereits Maßnahmen umgesetzt, die die 23 Millionen Betriebe in Europa um insgesamt 32,9 Milliarden Euro entlasten. Damit haben wir das ehrgeizige Abbauziel von 25 Prozent bereits deutlich überschritten.

Die wichtigsten Entlastungen sind die Anerkennung elektronischer Rechnungen bei der Mehrwertsteuerberechnung durch die Finanzämter (die europaweite Entlastung beträgt jährlich 18,4 Milliarden Euro) und die Entlastung von Kleinst- und

Kleinunternehmen von den europäischen Bilanzierungs- und Publizitätsvorschriften (europaweites Entlastungspotenzial jährlich über 5 Mrd. Euro).

Im anschließenden, zweiten Mandat von 2010 bis 2012 haben wir erstmals die Umsetzung des bestehenden EU-Rechts in den Mitgliedstaaten unter die Lupe genommen und einen Umsetzungsbericht mit Vorschlägen zur Verbesserung vorgelegt. Immerhin haben nicht weniger als ein Drittel der von Europa ausgelösten Bürokratiekosten ihre Ursache in der ineffizienten Umsetzung in den Mitgliedstaaten. Nur ein Beispiel: Die Vergabe öffentlicher Aufträge dauert zwischen 77 Tagen in Litauen und 241 Tagen in Malta. Würden sich die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von EU-Recht an den besten Beispielen orientieren, könnten bis zu 40 Milliarden Euro eingespart werden!

Im dritten Mandat bis zum Ende der Amtszeit der Kommission Barroso II im Oktober 2014 steigen wir zum ersten Mal in eine Prüfung ein, wie effizient die Verwaltungen in den Mitgliedstaaten arbeiten und wie die inzwischen erfolgten Abbaumaßnahmen dort umgesetzt werden – wenn Sie so wollen, ist das ein Stück Kontrolle, ein Stück „PISA“ für die europäischen Verwaltungen.

– Anrede –

Mit dieser konkreten Arbeit und mit diesen Ergebnissen bin ich sehr zufrieden. Allerdings habe ich vom ersten Tag an darauf hingewiesen, dass mein wichtigstes Ziel nicht die einzelne Maßnahme ist. Mein wichtigstes Ziel war und ist, in Brüssel für ein neues Denken zu werben: Nicht alles, was geregelt werden kann, muss auch geregelt werden. Wir brauchen nicht immer eine Dreifach-Sicherung. Mut zur Lücke! Das waren meine Reden, die in den Brüsseler Institutionen und in der Verwaltung zunächst nicht nur Begeisterung ausgelöst haben.

Deshalb freue ich mich, dass der Kommissionspräsident im Rahmen seiner „State of the Union“-Rede im September 2013, eine Richtungsänderung der EU-Politik eingeleitet hat, die man gar nicht hoch genug einschätzen kann - eine grundlegende Kehrtwende. Jahrzehntlang gehörte es zum Selbstverständnis der Europäischen Union, dass alles der europäischen Idee nutzt, was nur europäisch geregelt werden kann. Jede europäische Richtlinie, jede europäische Verordnung, jede europäische Vorgabe ist per se gut für Europa – so war doch der Glaube der Europa-Euphoriker.

Das ist Vergangenheit, seit Präsident Barroso am 2. Oktober 2013 das sogenannte REFIT-Programm vorgestellt hat. Es enthält eine ganze Reihe von Punkten, die ich seit Jahren fordere:

- Die EU-Kommission hat den gesamten Rechtsbestand der EU untersucht und gibt für jeden Politikbereich genau an, welche Vorschriften sie vereinfachen will.
- Die EU-Kommission erwägt den Verzicht auf Legislativvorschläge – ich nenne nur die umstrittene Bodenschutzrichtlinie, um die seit 2006 heftig gerungen wurde.
- Die EU-Kommission lehnt Rechtsetzungsinitiativen ab – Stichwort Friseure und das Verbot von Stöckelschuhen.
- Die EU-Kommission will endlich prüfen, wie die Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten eigentlich umgesetzt werden. Das ist ein echter Kernpunkt! Genau das wollten wir mit unserem Umsetzungsbericht anstoßen. Bisher wurde nur das „ob“ einer Umsetzung überprüft, nicht das „wie“.

- Der Kommissionspräsident sagt zu Recht: 74 Prozent der Europäer sind der Ansicht, dass die EU zu viel Bürokratie schafft. Die EU soll sich in großen Fragen stark engagieren und in kleineren Fragen zurückhalten.

– Anrede –

Zum ersten Mal wird das Empfinden der Bevölkerung, dass die EU zu viel Bürokratie verursacht, zum Maßstab der Politik gemacht. Das ist ein Quantensprung und eine große Chance für die Europäische Union. Keine künftige Kommission wird mehr hinter diese Position zurückfallen können.

Ich habe in diesem Zusammenhang einige ganz klare Erwartungen und Forderungen:

Die Verwaltung muss die Ansage des Kommissionspräsidenten verinnerlichen. Es hat sich viel verbessert, aber nach wie vor werden Regulierungsvorschläge gemacht, die das Bild vom „verrückten EU-Bürokraten“ verstärken. Weniger ist hier eindeutig mehr!

Wenn die Fragen der Bürokratiebelastung bei der Schaffung neuer Vorschriften in der Kommission,

im Parlament und im Rat keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielt, dann ist das Problem nicht entscheidend zu lösen. Die Kommission tut immerhin etwas mit dem Impact Assessment Board – der leider nicht unabhängig ist. Das Parlament hat gerade eine solche Kostenabschätzung aufgebaut. Überhaupt nichts geschieht bisher im Rat, wo in den nächtlichen Kompromissrunden oft die größten Auswüchse verursacht werden. Nach der Europawahl muss der nächste Schritt folgen: Alle drei EU-Institutionen müssen dafür sorgen, dass künftig bei jeder Rechtsetzung ein unabhängiger Bürokratie-Check erfolgt. Ich begrüße sehr, dass auch das Europäische Parlament dies schon seit langem fordert.

Außerdem: Ich werde ganz persönlich immer mehr als eine Art Ombudsmann für Anliegen aller Art aus ganz Europa angesehen und ich habe in den letzten Jahren aus ganz Europa Hunderte von Eingaben nicht nur von Unternehmen und Verbänden, sondern auch von vielen Bürgern erhalten. Wir haben diese Vorschläge geprüft und dort, wo ein allgemeines Problem angesprochen wurde, als sogenannte „offline-Vorschläge“ in Stellungnahmen der Gruppe aufgegriffen und die Kommission aufgefordert, tätig zu werden.

Ich war zum Beispiel sehr überrascht, als mir ein deutscher Bürger, der jetzt in Spanien lebt, geschildert hat, wie umständlich und aufwendig es war, sein in Deutschland bereits zugelassenes Auto in Spanien umzumelden. Wir haben festgestellt, dass alljährlich Bürger und Unternehmen in der EU etwa 3,5 Mio. Fahrzeuge in einen anderen Mitgliedstaat bringen und dort nach den nationalen Bestimmungen zulassen müssen. Nach unserer Initiative soll in Zukunft die Zulassung im Heimatland des Eigentümers ausreichen. Die Kommission hat dies bereits förmlich vorgeschlagen.

Es ist heutzutage sehr wichtig, dass es solche Anlaufstellen gibt. Ich könnte mir vorstellen, dass die Kommission in ihrem Bereich einen „Europäischen Beauftragten für Bürokratieabbau“ schafft und dieses Amt mit einem Europaabgeordneten besetzt, der in den Brüsseler Institutionen gut vernetzt ist und gegenüber der Kommission auf Abhilfe bei übermäßigen Bürokratiebelastungen dringt.

- Anrede -

Der Bürokratieabbau braucht ein verbindliches Nettoziel. Warum kommen die Anstrengungen

beim Bürokratieabbau noch nicht so bei den Menschen an, wie wir uns das wünschen? Weil natürlich nicht nur abgebaut wird, sondern auch aufgebaut. Die Konsequenz der neuen Haltung der Kommission muss jetzt auch ein Nettoziel sein. Die Belastung muss unter dem Strich geringer werden! Ich begrüße sehr, dass auch das Europäische Parlament dies schon seit langem fordert.

Die Bereitschaft zu Bürokratieabbau und Selbstbeschränkung höre ich jetzt – vor den Europawahlen – verstärkt aus der Kommission, aus dem Parlament und sogar im Rat. Wieso geben die drei EU-Institutionen keine gemeinsame Erklärung dazu ab? Eine Art Selbstbindung noch vor der Wahl, auf die sich die Bürger verlassen können?

Europa muss außerdem deutlich schneller werden:
Vor gut zwei Monaten hat das EU-Parlament endlich den Weg frei gemacht, die meisten Handwerker von der lästigen, unbegründeten und teuren Pflicht zum Einbau digitaler Tachografen in ihre Kleinlaster zu befreien, wenn sie nur in einem Umkreis von 100 km mit ihrem Fahrzeug unterwegs sind. Es ist sage und schreibe fünf Jahre her, dass wir diesen Vorschlag des Zentralverbands des Deutschen Handwerks mit dem ersten Preis unse-

res europaweiten Wettbewerbs zum Bürokratieabbau ausgezeichnet haben. Wer es mit Europa gut meint, kann so lange und umständliche Verfahren nicht akzeptieren.

Brüssel hat zu wenige Kompetenzen in manchen großen Fragen und zu viele Kompetenzen in der Gestaltung regionaler oder sogar lokaler Gegebenheiten. Die Niederländer haben bereits im Juni 2013 mit einer Subsidiaritätsliste wichtige Vorschläge gemacht für eine schonendere Ausübung der EU-Kompetenzen. Sie schlagen beispielsweise vor, dass in den Bereichen, in denen viele Mitgliedstaaten im Rat Vorbehalte gegen Vorschriften der EU haben, zum Beispiel auf Grund des Subsidiaritätsprinzips, der Rat und die Kommission – ohne dass dazu der Besitzstand angepasst werden müsste – vereinbaren, dass die Kommission auf weitere Initiativen auf diesem Gebiet verzichtet.

Die Briten gehen im sogenannten Cameron-Bericht noch weiter in Richtung Deregulierung à la Margaret Thatcher, indem auch europäische Standards z. B. im Arbeitsrecht abgeschafft werden sollen, was sicher zu heftigen Diskussionen führen wird. David Cameron wird dieses Thema ganz massiv in Brüssel auf die Tagesordnung setzen.

- Anrede –

Ich bin überzeugt davon, dass der neue Ansatz der Kommission von Smart Regulation ein Schlüssel für die Zukunft und ein Quantensprung ist. In unserer komplexen Welt könnten wir nicht zur Idee der Deregulierung à la Margaret Thatcher zurückgehen. Das würde nicht funktionieren. Wenn Regulierung notwendig bleibt, dann sollten wir sie aber so wenig belastend wie möglich ausgestalten. Deshalb unterstütze ich diesen neuen Ansatz nachdrücklich. Ich bin fest davon überzeugt, dass die neue Kommission diesen Weg fortsetzen wird und hoffe, dass sie dies noch ehrgeiziger wie in der Vergangenheit machen wird.

Außerdem zeigen die Diskussionen, insbesondere in Großbritannien und den Niederlanden, aber auch in weiteren Mitgliedstaaten: Nicht jedes Problem in Europa ist ein Problem für Europa. Die richtige Balance zwischen einem einheitlichen Binnenmarkt einerseits und dem Grundsatz der Subsidiarität andererseits muss dringend wieder hergestellt werden. Die Straße nach Brüssel darf – im Interesse Europas – keine Einbahnstraße sein.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!